

Nationalpark Harz

Besser schutzlos?

Der Harz und die Sächsische Schweiz sind der Stolz der Region. Nun wollen manche die Nationalparks abschaffen.

Von **Mona Berner**Aktualisiert am 11. Dezember 2022, 17:57 Uhr ⓘ / [41 Kommentare](#) /AUS DER [ZEIT NR. 51/2022](#)

Im Sommer brannte es in den Nationalparks. Deren Regeln stehen seitdem in der Kritik. © Ingmar Björn Nolting für DIE ZEIT

Eigentlich klingt es wie ein Prädikat, wie eine Auszeichnung: "Nationalpark". Der kleine Ort Hohnstein mit 3200 Einwohnern, östlich von Dresden gelegen, grenzt direkt an einen: den Nationalpark Sächsische Schweiz, überregional berühmt für seine fast unwirklich aussehende Sandstein-Landschaft.

Vielleicht hat man es früher in Hohnstein wirklich einmal wie ein Prädikat empfunden, am Nationalpark zu liegen. Aber dass das heute nicht mehr so ist, merkt man schon, wenn man durch diesen Ort spaziert. Man möchte nur noch "Naturpark" sein, so prangt es auf Bannern in den Gassen des Städtchens. Geworben wird für eine Bürgerinitiative, die den Nationalpark-Status aufheben will. Knapp 7000 Personen haben die dazugehörige Petition bereits unterschrieben.

Und so ist es nicht nur in Hohnstein, sondern auch in anderen Orten der

Sächsischen Schweiz und des Harzes: Ausgerechnet in den berühmtesten Landschaften Sachsens und Sachsen-Anhalts wird ein Label infrage gestellt, das bislang als große Errungenschaft galt. Als Symbol nicht nur für die Schönheit der hiesigen Natur. Sondern auch für den Willen, diese zu schützen.

Hohnsteins Bürgermeister heißt Daniel Brade, ist 41, Mitglied der SPD, zur Wahl aufgestellt wurde er durch eine unabhängige Wählervereinigung. An einem Mittwochnachmittag im Oktober steht er in grün-weiß kariertem Hemd und mit gelber Outdoorjacke an der Mauer der Hohnsteiner Burg. Er blickt ins Tal, auf jenen geschützten Wald, um den es geht. Zehn Kilometer entfernt von hier hat es im Sommer einen Waldbrand gegeben. "Eines Nachmittags flogen schwarze Blätter auf Hohnstein herab, da wird einem ganz anders", sagt Brade. Das Feuer hat die Debatte um den Nationalpark neu aufleben lassen. Auch weil man hier findet, im geschützten Bereich lasse es sich nicht gut genug löschen.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 51/2022. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen. [https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2022/51]

Aber eigentlich gibt es die Debatte in Hohnstein schon viel länger. Bereits im vergangenen Jahr hat der Stadtrat das Ziel beschlossen, der Natur rings um den Ort einen anderen Status zu geben. Damit die Einwohner die Natur intensiver nutzen können, etwa um mehr Angebote für Touristen zu schaffen. Und so bestenfalls auch mehr Einnahmen zu generieren. "Wir liegen in der zweiten Reihe, sind kein Besuchermagnet wie Bad Schandau oder Rathen", so Brade. Also lässt man sich einiges einfallen, damit Touristen auch hierherkommen.

Einmal im Jahr werden in Hohnstein von der hiesigen Burg bis in den Wald hinein überdimensionierte Slacklines gespannt, auf denen Profis über der Schlucht aus Bäumen balancieren. Highline-Fest heißt das. Die Landschaft ist hier mehr als eine Umgebung. Sie ist auch ein Wirtschaftsfaktor.





© ZEIT-Grafik

Aber weil der Wald um Hohnstein herum Nationalpark ist, ist vieles von dem, was sich Brade für den Ort wünscht, nicht möglich: Man würde zum Beispiel gern Wege durch den Wald für Mountainbiker ausweisen. Die Nationalpark-Regeln, sagt Brade, ließen das nicht zu. Ebenso wenig wie das Anpflanzen einheimischer Laubbäume. Im Ort selbst ist die Stimmung deswegen geladen. Auch weil er verwaist. Nicht einmal einen richtigen Bäcker gibt es mehr. Manche formulieren nun radikale Thesen, überspitzen. Verfälschen den Sachverhalt.

In einem der wenigen Läden von Hohnstein liegt auf dem Verkaufstresen neben Bergsteiger-Riegeln und Kletterzubehör ein Klemmbrett mit der besagten Petition. Darauf findet sich auch die, nun ja, zugespitzte Behauptung: "2030 sogar Betretungsverbot". Insinuiert wird, dass in wenigen Jahren niemand mehr in den Wald dürfe. Dazu sind Fotos von umgestürzten Bäumen und kahlen Wäldern abgedruckt sowie der Satz: "Das Experiment Nationalpark Sächsische Schweiz ist nach 32 Jahren gescheitert."

"Den Wald so zu sehen nimmt mich mit"

Hohnstein selbst aber kann nicht einfach aus dem Nationalpark austreten. Darüber können weder Bürgermeister Brade noch der Stadtrat befinden. Das könnte nur die schwarz-rot-grüne Landesregierung, wobei das Umweltministerium in den Händen des grünen Ministers Wolfram Günther liegt. Und laut Brade stoße man dort auf wenig Verständnis, aus dem Ministerium habe es geheißen: "Der Status wird nicht diskutiert. Und damit sollen wir uns jetzt abfinden."

Dass besondere Naturgebiete geschützt und für die Nachwelt erhalten werden sollten, beschloss als Erster 1872 US-Präsident Ulysses S. Grant. Der erste Nationalpark entstand: Yellowstone. Rund 100 Jahre später wurde das Konzept nach Deutschland exportiert. Den Anfang machte 1970 der Bayerische Wald. Ihm folgten der Nationalpark Berchtesgaden und das

Wattenmeer. Mittlerweile gibt es in Deutschland 16 Nationalparks auf 208.238 Hektar Landfläche, was etwa 0,6 Prozent der Bundesrepublik ausmacht. Wenig im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, schreibt das Bundesamt für Naturschutz.

In Nationalparks gelten besondere Regeln: Ein Großteil der Fläche darf nicht durch den Menschen bewirtschaftet oder verändert werden, wodurch Aufforsten, das Herausräumen von abgestorbenen Bäumen oder das Anlegen neuer Wege nur sehr eingeschränkt möglich ist. Außerdem muss die Landschaft laut Bundesnaturschutzgesetz: "großräumig, weitgehend unzerschnitten und von besonderer Eigenart" sein.

Allerdings, so heißt es in Hohnstein, passten diese Regeln nicht zur Sächsische Schweiz. Das sagt jedenfalls Hanka Owsian, eine der Initiatorinnen der Bürgerinitiative gegen den Nationalpark. Das Gebiet, so eines ihrer Argumente, sei "viel zu klein, um die Natur einfach machen zu lassen." Tatsächlich liegt die Sächsische Schweiz knapp unter der vom Bundesamt empfohlenen Mindestfläche von 10.000 Hektar.

Dass die Diskussion um den Sinn der Nationalparks keine bloße Lokalposse ist, lässt sich an einem Freitag im Oktober erleben. Im Harz, mit Steffi Lemke, der Bundesumweltministerin der Grünen. Drei Stunden lang wird sie an diesem Tag in blauer Outdoor-Jacke durch den Wald gefahren, hier und da steigt sie aus, um die im Sommer verbrannten Gebiete zu betrachten. "Ich war hier schon als Kind jedes Jahr. Den Wald nun so zu sehen nimmt mich mit", sagt Lemke als sie mit gefalteten Händen in ein Tal verbrannter Fichten blickt.

In erster Linie sei sie hier, um sich einen Überblick zu verschaffen, wie es dem Wald gehe, sagt sie. Aber in zweiter Linie, das wird schnell offensichtlich, soll Lemkes Besuch auch so eine Art Machtwort ausstrahlen: Der Nationalpark bleibt. "Es geht nicht um die Frage des Nationalparks, sondern um Brandverhinderung. Darum, die Auswirkungen der Klimakrise abzufangen und unsere Ökosysteme zu schützen", sagt die Bundesministerin.

Im Harz streitet man schon seit Jahren darum, ob der Nationalpark die richtigen Entscheidungen trifft. Denn der Wald stirbt. Die Fichten-Monokulturen haben unter der Dürre und den Borkenkäfern in den zurückliegenden Jahren gelitten. Einige Bürger argumentieren, das tote Holz müsse aus dem Wald herausgeholt werden, um andere Arten zu pflanzen, die besser herpassen. Aber das lehnt die Nationalpark-Verwaltung ab, es widerspreche den Regeln (ZEIT Nr. 7/22 [<https://www.zeit.de/2022/07/waldsterben-harz-duerre-klimawandel-natur>]).

WOHIN MIT DEM TOTHOLZ?

Weil in Nationalparks abgestorbene Bäume liegen gelassen werden, begann im Sommer ein politischer Streit. Rettungskräfte und CDU-Politiker argumentierten, das Holz müsse weg, es störe beim Löschen. Deshalb wurde im Harz entschieden, tote Bäume in manchen Gegenden abzutransportieren. Nach einer Klage des Naturschutzbunds wurde das jedoch gestoppt. In der Sächsischen Schweiz wartet man mit einer Entscheidung auf die Empfehlung einer Kommission.

Nun, da es im Sommer auch im Harz mehrfach brannte, wurde der Streit um diese Regeln noch leidenschaftlicher geführt als zuvor. Feuerwehrmänner stöhnten über die herumliegenden toten und verdorrten Holzstämme. Diese würden den Weg versperren und wie Zunder brennen, hieß es. Müsste das nicht ein Grund für den Nationalpark sein, seine Regeln zu überdenken?

Künftig könnte es seltener brennen

So jedenfalls argumentierte Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer. Und so argumentierte auch Sven Schulze, CDU-Wirtschafts- und Forstminister in Sachsen-Anhalt, wo Teile des Harzes liegen. Schulze stellte im Sommer den Nationalpark gleich komplett infrage und deutete an, wenn nötig gar aus dem gemeinsamen Vertrag mit Niedersachsen austreten zu wollen (das Areal liegt in beiden Bundesländern).

Wie denkt Schulze heute? Am Telefon merkt man eines gleich: Der Ton ist ein anderer, ein diplomatischer. "Aktuell gibt es keine Debatte, ob der Nationalpark infrage steht. Auch nicht von mir", sagt er. Und das hat einen Grund: In Sachsen-Anhalt wurde so eine Art kleiner Harzer Frieden geschlossen. Die sogenannte Wernigeröder Erklärung, die Schulze in seinem Ministerium aufgesetzt hat. Gemeinsam mit dem Nationalpark, dem Landkreis Harz und der Stadt Wernigerode wurden Maßnahmen zur Waldbrand-Prävention getroffen. So soll der Nationalpark künftig für Übungen von der Feuerwehr befahren werden können, Totholz soll in einigen Gebieten rings um die Ortschaft Schierke nun doch weggeräumt werden. Im Wald sollen künftig vegetationslose Streifen entstehen, die bestenfalls verhindern, dass ein Feuer um sich greift.

Das Rote Telefon**Wie kommen Sie durch den Winter?**

Rufen Sie an und erzählen Sie es uns. Was treibt Sie um? Was verändert sich in Ihrem Leben und vor Ihrer Haustür? Mehr dazu
[<https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-11/das-rote-telefon-winter>]

Anrufzeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag, 12 bis 17 Uhr oder jederzeit
als Sprachnachricht per Whatsapp



 040 743 055 13

Sprachnachricht schicken

Ihren Anruf beantwortet gerade Johanna Wagner.

Im Nachbarland Sachsen, genauer gesagt in der Sächsischen Schweiz gibt es bisher keine vergleichbare Lösung. Hier stehen sich die jeweiligen Lager schweigend gegenüber. Wie sensibel das Thema ist, wird deutlich, wenn man Umweltminister Wolfram Günther um ein Interview bittet. Bevor er zusagt, lässt er eines klarstellen: Auf eine Diskussion darüber, ob der Nationalpark in einen "Naturpark" umgewandelt werden soll, in dem dann laschere Regeln gelten würden, werde er sich gar nicht erst einlassen. Günther hält es auch für ein Missverständnis, zu glauben, es kämen in diesem Fall mehr Touristen. "Wir haben so viele Besucherinnen und Besucher, dass die Kapazitäten im Nationalpark teilweise an die Grenzen kommen. Von mangelnden touristischen Angeboten kann nicht die Rede sein."

Dass einen die Waldbrände des Sommers emotional umtreiben, verstehe er. Aber Zweifel am Nationalpark? "Kann ich nicht nachvollziehen", sagt Günther. Stattdessen müssten effektive Brandschutzmaßnahmen getroffen werden. Wie die aussehen können soll eine Expertenkommission herausfinden mit, so Günther, "Profis aus allen Bereichen". Im kommenden Jahr sei mit ersten Empfehlungen zu rechnen.

Z+

Exklusiv für Abonnenten

Knuspriger Rosenkohl in Limetten-Honig-Sauce

Sorry Oma, so schmeckt Rosenkohl gut

[<https://www.zeit.de/zeit-magazin/wochenmarkt/2022-11/rosenkohl-limetten-honig-sauce-rezept-wochenmarkt>]

Freundschaft

"Zu mir kommen sehr verletzte Menschen zwischen 20 und 40"

[<https://www.zeit.de/campus/2022-12/freundschaft-therapie-ream-hadi-hohn>]

Diagnose bei Erwachsenen

"Menschen mit ADHS neigen dazu, ihre Symptome runterzuspielen"

[<https://www.zeit.de/zett/2022-12/adhs-diagnose-erwachsene-symptome-fehldiagnosen-psiater>]

Mehr Abotexte → [<https://www.zeit.de/exklusive-zeit-artikel>]

Dass die Waldbrandgefahr zumindest im Harz künftig tatsächlich minimiert werden könnte, ganz ohne die Regeln des Nationalparks anzutasten, das legen die Grünen nahe. Deren Fraktion hat kürzlich eine Kleine Anfrage im Landtag von Sachsen-Anhalt gestellt. Sie wollte

herausfinden, wo genau die Brände im Gebirge entstanden sind. Alle Orte wurden deshalb auf einer Karte eingetragen. So wurde sichtbar, dass die meisten Feuer seit 1994 entlang einer bestimmten Linie ausgebrochen sind. Einheimische kennen diese Linie gut: Es handelt sich um die Gleisstrecke der Harzer Schmalspurbahn auf dem Brocken. Offenbar sind entweder die Dampflok selbst, deren Bremsen oder die Passagiere verantwortlich dafür, dass es regelmäßig brennt.

Nun ist zwar seit Langem bekannt, dass Waldbrände fast immer von Menschen oder deren Technologien verursacht werden. Aber selten ist die Gefahr wie im Harz vor allem auf genau eine Touristenattraktion zurückzuführen.

Die Wernigeröder Erklärung sieht für die Bahn schon strengere Regeln vor: Ab Waldbrandstufe fünf darf die Strecke zum Brocken gar nicht mehr mit Dampfloks befahren werden.

So könnte die Debatte über den Sinn des Nationalparks zumindest einen Kollateralnutzen gebracht haben: Im Harz könnte es künftig seltener brennen.